Beschluss des Landrats vom 21.05.2026

Nr. 1767

41. Mögliche Kooperationen in Bildung und Sozialwesen durch gesellschaftliche Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern ab Sekundarstufe II
2025/425; Protokoll: tvr

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat sei nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Silvia Lerch-Schneider (FDP) erklärt, dass es sich hierbei um einen Lösungsansatz handle, um die Präsenzzeiten mit Inhalten zu füllen, wie es im vorherigen Traktandum diskutiert worden sei. Es gilt nicht schwarz zu malen, aber es gibt einige grössere Baustellen: Werte wie Anstand, Hilfsbereitschaft und die Arbeitsbereitschaft nehmen immer mehr ab. Die Folgen davon sind steigende Kriminalität, Fachkräftemangel und hohe Kosten im Bildungswesen. Das Postulat soll einen Anstoss geben, um über den Tellerrand hinauszuschauen und weitsichtige Lösungsansätze zu finden. Anstand und Sozialkompetenz sollen wieder gestärkt werden. In Vereinen lässt sich die Entwicklung ablesen: Weil die Aufgaben zu aufwendig sind, wollen sie viele nicht mehr übernehmen. Damit geht aber Persönlichkeitsstärke verloren, weil man genau an solchen Orten sehr viel lernt, beispielsweise Teamfähigkeit oder Sozialkompetenz; was man in der Schule nicht so mitbekommt. Es gibt viele unbürokratische Möglichkeiten: Man könnte die Nachhilfe in der Primarschule unterstützen und damit gleichzeitig die Kosten für den Förderunterricht bremsen. Man könnte Kinder für Sportnachmittage begeistern, um die Gesundheit und die rückläufigen Bewegungskompetenzen zu fördern. Auch das Vorlesen und die Lesekompetenz könnte man fördern – auch hierbei sieht man, dass die Entwicklung immer weiter abnimmt. Jugendliche könnten auch Handy-Kurse oder PC-Kurse für ältere Leute anbieten, etwa zum Lösen von Billetts ohne Bargeld. Gerade Gespräche über Generationen hinweg sind wertvolle Erkenntnisse für beide Seiten. Aber es wäre auch eine Möglichkeit, dass man die Schüler allgemeine Alltagskompetenzen lehren könnte, zum Beispiel, wie man eine Einzahlung macht – heute lernt das zu Hause und in der Schule niemand mehr. Vereine wie Senioren für Senioren zum Beispiel kommen an ihre Kapazitätsgrenzen, weil ihnen die Leute fehlen, die helfen können. Auch könnten Jugendliche Abfall sammeln gehen und damit gleichzeitig präventiv gegen Littering vorgehen. Gerade letzte Woche hat in Basel ein Projekt, das solche Dienstleistungen anbietet, eine Auszeichnung erhalten. Die Rednerin glaubt, dass hier viel Potenzial brach liegt. Bei diesem Postulat geht um die Frage, ob es überhaupt ein Bedürfnis gibt, auch von den Institutionen – das muss keine Doktorarbeit sein.

Sie habe diesen Vorstoss unbesonnen unterschrieben, erklärt **Anita Biedert** (SVP), sie sei aber zu einer anderen Meinung gekommen und pflichte dem Regierungsrat bei, dieses Postulat nicht anzunehmen, weil die rechtlichen Gegebenheiten fehlten. Wie von Anna-Tina Groelly im vorherigen Traktandum gesagt, geht es um die Gleichwertigkeit der Ausbildung und die Akzeptanz der Ausgestaltung des Bildungswegs. Das System Gymnasium soll nicht verzerrt werden, sondern die Berufsbildung soll gestärkt werden – es gibt Ideen zur Stärkung der Berufsbildung, die für Marc Scherrer interessant sein könnten: beispielsweise mehr Schnupperlehren und Praxistage, eine engere Zusammenarbeit zwischen Schule und Unternehmen, man könnte kleinere Betriebe finanziell stärker unterstützen, die Bürokratie reduzieren und – wichtig – neue Berufsbilder für die Zukunftsbranche schneller entwickeln. Wenn Lernende an einen üK-Kurs müssen, dann müssen sie den ÖV selber bezahlen – dabei sollte man sie unterstützen. Es gibt auch die Idee eines flexibleren Modells, bei dem eine Berufslehre und die Berufsmaturität besser kombinierbar ist.
Zur beruflichen Orientierung, die Marc Scherrer zuvor erwähnt hatte: Es wird sehr begrüsst und

gelobt, auch von Lehrkräften sowie Schülern, dass der Kontakt zur Berufswelt verstärkt werden soll. Gewünscht wird insbesondere von den Schülern eine stärkere Einbindung von Betrieben über die bisher vorgestellten weiterführenden Schulen hinaus. Es wird betont, dass im Kontext von KI viele Tätigkeiten wegfallen könnten, handwerkliche Berufe jedoch nicht ersetzbar sind. Die Motivation für diese Berufe ist gegeben und es wird von den Schülern hervorgehoben, dass man mit diesen Berufen gut verdienen könne.
Als Schulrätin eines Gymnasiums versichert die Rednerin, dass Gymnasiastinnen und Gymnasiasten stark beansprucht sind, aber sie lernen, sich selber zu organisieren, was ein Gewinn ist für die Arbeitswelt. In den Ferien machen sie nicht einfach frei, sondern die meisten arbeiten dann. Viele arbeiten auch neben dem Unterricht im Gymnasium, weil sie Geld für den Alltag oder die Freizeit haben wollen oder müssen. Zu Silvia Lerchs Idee der stärkeren Einbindung: Gymnasiastinnen und Gymnasiasten können schon Stellvertretungen an den Primarschulen wahrnehmen.
In diesem Vorstoss würden Schülerinnen und Schüler instrumentalisiert zur Haushaltsentlastung des Kantons. Bildung dient aber primär der Persönlichkeitsentwicklung und der Qualifikation – und nicht der kostengünstigsten Erbringung auch von öffentlichen Dienstleistungen. Es stellen sich Fragen in rechtlicher Hinsicht: Arbeitsrecht, Jugendarbeitsschutz, Arbeitszeiten, Ferienregelungen, Haftung und Versicherung. Die Ausbildungsfreiheit muss gewahrt bleiben, ohne Erwartungsdruck für gesellschaftliche Einsätze. Einsätze in Spitälern, Pflegeheimen, Altersheimen, wo mit vulnerablen Menschen gearbeitet wird, könnten problematisch sein, weil wechselnde Einsätze von Jugendlichen ohne fundierte Ausbildung ein Qualitäts- und Vertrauensproblem verursachen könnten. Für das Fachpersonal wäre es auch eine zusätzliche Belastung und dazu kommen ethische und datenschutzrechtliche Risiken. Dazu kommt auch ein hoher administrativer Aufwand für Schulen und Betriebe: Die Koordination, die Betreuung, die Schulung, die Versicherung und die Aufsicht der Schülerinnen und Schüler würden erhebliche Kosten verursachen. Eine finanzielle Entlastung ist sehr fraglich. Freiwilligenarbeit und Jugendengagement existieren bereits. Die Rednerin findet einen zusätzlichen staatlichen gelenktem Mitwirkungspfad weder notwendig noch verhältnismässig – die SVP lehnt das Postulat deshalb ab.

Roman Brunner (SP) sagt, dass die Intention des Vorstosses eigentlich sei, die faulen und untätigen Schülerinnen und Schüler abzustrafen – diese Haltung unterstütze er in keiner Weise. Anita Biedert hat schon angetönt, dass sich bei den vorgesehenen Arbeiten organisatorische, administrative und datenschutzrechtliche Probleme ergeben. Für die Arbeiten im Bereich Bildung oder Pflege/Gesundheit braucht es aus qualitativen Gründen eine gewisse Mindestausbildung. Es gibt heute ja beispielsweise auch die Möglichkeit, dass man in diesen Bereichen Zivildienst leistet und dann entsprechend niederschwellige, unterstützende Arbeiten im Gesundheitsbereich oder im Bildungsbereich auch mit einer ansprechenden Qualität machen kann. Falls die angedachten Arbeiten keine Qualifikation und Ausbildung brauchen, dann liegt ein Ausnutzen der Schülerinnen und Schülern als billige Arbeitskräfte vor – das kann nicht das Ziel sein. Der Regierungsrat stellt in seiner Antwort klar, dass es nicht zulässig sei, eine verpflichtende Arbeitsleistung als Gegenleistung für staatlich finanzierte Bildung zu verlangen. Die Bildung auf der Sekundarstufe II an den allgemeinbildenden Schulen soll unentgeltlich sein, das sieht das Bildungsgesetz so vor. Der Vorstoss ist untauglich und die SP-Fraktion lehnt ihn deshalb ab.

Alain Bai (FDP) erklärt, dass die Mehrheit der FDP-Fraktion diesen Vorstoss nicht unterstütze. Die Gründe dafür sind vom Regierungsrat ausführlich in der Beantwortung dieses Vorstosses dargelegt – der Redner schliesst sich den Argumenten von Anita Biedert und Roman Brunner an. Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass eine verpflichtende Leistung oder ein verpflichtendes Angebot für Schülerinnen und Schüler nicht notwendig und nicht zielführend ist. Das Hauptargument ist, dass es Angebote für Kinder und Jugendliche gibt: Es gibt ganz viele Vereine, andere Institutionen und Private, die solche Angebote machen. Es kann aber nicht sein, dass der

Staat so ein Angebot dann aufgreift, wodurch der administrative und finanzielle Aufwand ins Unermessliche steigen würde.

Für die Grüne/EVP-Fraktion sei das Anliegen sehr schwierig umzusetzen, erklärt **Anna-Tina Groelly** (Grüne). Bereits jetzt ist es für viele Jugendliche schwierig, einen Ferienjob zu bekommen. In verschiedenen Bereichen kann man nicht rasch zu einer nützlichen Unterstützung ausgebildet werden. Die Argumentation des Regierungsrats hat die Grüne/EVP-Fraktion vollständig überzeugt und sie wird diesen Vorstoss nicht überweisen.

Sie wolle keine neue Diskussion entfachen, weil sie relativ alleine auf diesem Weg sei, sagt **Silvia Lerch-Schneider** (FDP). Es wäre dennoch wichtig, dass man in Zukunft weiterreichende Möglichkeiten schafft. Vereine können nicht alles stemmen, man muss ihnen ein wenig entgegenkommen. Das Postulat will die rechtlichen Grundlagen abklären und die Frage stellen, wie die Situation sich präsentiert und ob ein Bedürfnis da ist. Denn Teamgeist, Sozialkompetenz und Persönlichkeitsentwicklung lernt man nicht zu Hause am Computer.

://: Mit 69:6 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.